

29. Ordentlicher Landesparteitag des FDP-Landesverbands Thüringen
am 21. März 2015 in Ilmenau

Seite 1 von 1

Antrag Nr.

Antragsinhalt: Dringlichkeitsantrag
„Kein Zweck heiligt die Mittel-guten Extremismus gibt es nicht.“
Antragsteller: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

Angesichts der unfassbaren Gewaltexzesse in Frankfurt/Main stellt die FDP Thüringen fest:

1. Im demokratischen Rechtsstaat darf Gewalt kein Mittel sein zu Protest oder zur Durchsetzung politischer Ziele.
2. Guten Extremismus gibt es nicht. Es ist völlig unerheblich, welchen Zielen, welcher politischen Strömung Gewalttäter nahestehen oder zuzurechnen sind. Jenseits des staatlichen Gewaltmonopols, das ausschließlich und mit Augenmaß für den Schutz der Menschen im Land und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung ausgeübt werden darf, gibt es keine legitime Gewalt.
3. Alle Versuche, unter dem Eindruck der schweren Verbrechen des Nationalsozialistischen Untergrunds Linksextremismus zu bagatellisieren und als weniger dringliches Problem darzustellen, das (Originalton Bundesministerin Schwesig) nur aufgebauscht werde, alle Versuche, Linksextremismus zu leugnen, haben sich als unhaltbar erwiesen.
4. Gewalttätige Extremisten, egal ob rechts, links oder religiös begründet, gefährden die freie Ausübung der Bürgerrechte. Sie leisten denen Vorschub, die auf mehr Überwachungsstaat setzen und dafür die Freiheitsrechte der Bürger unverhältnismäßig beschneiden wollen.

Wir Freien Demokraten in Thüringen rufen deshalb alle Demokraten im Freistaat, egal ob politisch organisiert oder parteilos, dazu auf, sich unabhängig von der jeweiligen politischen Couleur klar von Gewalttätern zu distanzieren und für die Bewahrung der Bürgerrechte in unserem Land einzustehen.

Wir Freien Demokraten danken den Angehörigen der Polizei und der Feuerwehren, die sich den Gewalttätern entgegen gestellt haben und die unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung dienen.

Wir Freien Demokraten stehen ein für eine Geisteshaltung, die friedliche Proteste und freie Meinungsäußerung ermöglicht, die Vielfalt im Denken, in den Lebensformen und Lebensweisen fordert und fördert, die Toleranz für anders Denkende als Selbstverständlichkeit betrachtet. Und wir stehen deshalb für eine wehrhafte Demokratie, die die Freiheit und die Bürgerrechte zu wahren weiß.

Begründung: erfolgt mündlich

.....
angenommen:

abgelehnt:

überwiesen: